

Gelnhäuser Tageblatt

ZEITUNGSGRUPPE ZENTRALHESSEN

GELNHÄUSER TAGEBLATT / LOKALES / MAIN-KINZIG-KREIS / BRACHTTAL

Brachttal

21.01.2016

Viele Fragen zu Personalkosten

POLITIK Brachttaler Parlamentsausschüsse beginnen Beratung des Haushaltsentwurfes 2016 / Wieviel Geld bringt der zweite Blitzer?

BRACHTTAL - (stp). Die beiden Ausschüsse der Brachttaler Gemeindevertretung begannen in einer gemeinsamen Sitzung in Hellstein mit der Beratung des Haushaltsentwurfes 2016.

Zu Beginn lobten Lutz Heer (Fraktionsvorsitzender der CDU) und Wolfram Zimmer (CDU) die an der Aufstellung des Zahlenwerkst beteiligten Personen. Die Inhalte seien gut vorbereitet und würden im Vergleich zum Vorjahr realistischere Ansätze ohne fiktive Posten wie Einnahmen aus Windrädern enthalten. Die Verteilung der Personalkosten sollte näher erläutert werden. Hier gehe es um vier bis fünf Personen, die in der Verwaltung stundenweise eingesetzt werden sollen, zum Beispiel im Vorzimmer des Bürgermeisters, im Bauamt und im Ordnungsamt. In der Summe komme hier ein Betrag für eine qualifizierte Ganztagskraft zusammen. Deswegen wurde empfohlen, diese Kosten nicht in einem Block zu betrachten, sondern deren Zusammensetzung regelmäßig genau unter die Lupe zu nehmen.

Hinsichtlich der Kosten für Instandhaltungen war die erhebliche Steigerung nicht ganz klar. Dies konnte seitens der Finanzverwaltung aufgeklärt werden: Zum einen sollen die maroden Fenster der alten Schule in Udenhain ausgetauscht werden. Zum anderen müssten auch die Fenster in einem Verwaltungsgebäude erneuert werden.

Bei der Planung der Bußgeld-Einnahmen war unklar, wie hoch die Einnahmen und Ausgaben in 2015 im Vergleich zu den Planwerten gewesen sind und ob der zweite Blitzer ebenfalls in der Berechnung berücksichtigt wurde. Im Hinblick auf die Planung für 2016 müsse unbedingt die Frage beantwortet werden, ob die Summe der Kosten für Fremdfirmen, Wartung und Porto für die Zustellung von Bußgeldbescheiden unter den veranschlagten Einnahmen liegen und ob sich der Einsatz der Blitzer im Rahmen des aktuellen Entwurfes überhaupt für die Gemeinde Brachttal lohnt.

Die Höhe der erwarteten Kosten für Heizöl und Gas wurde ebenfalls hinterfragt. Die aktuellen Marktpreise seien im Vergleich zur Vorjahresplanung deutlich niedriger, und der Trend zeige weiter nach unten. Dennoch setze man im neuen Haushalt höhere Werte an. Man wolle damit vorsichtig planen und sich nicht auf Preisentwicklungen auf dem Energiestoffmarkt verlassen,

so die Antwort. Man war sich einig, je mehr von dem veranschlagten Wert übrig bleibt, desto besser. So sei man auf der sicheren Seite. Dieselbe Sicherheitsstrategie soll auch bei sozialen Hilfeleistungen beherzigt werden. Hierbei geht es in erster Linie um die Asylsuchenden, die der Main-Kinzig-Kreis auf die Gemeinde Brachtal verteilt sind. Bislang seien rund 40 Menschen untergebracht. Mittlerweile seien aber 120 Menschen zugeteilt worden, die im Jahr 2016 nach und nach eintreffen werden. Da sich der Trend zu diesem Thema eher nach oben entwickle, müsse man gerade in dieser Angelegenheit im Haushalt vorsichtig und vorausschauend planen, um später böse Überraschungen zu vermeiden.

Ein großes Thema waren die Aufwendungen für den Betrieb der beiden Kindergärten „Regenbogen“ und „Schatzkiste“. Diese Einrichtungen würden die Gemeinde jedes Jahr etwa eine Million Euro kosten. Dabei sei das Ziel, dass ein Drittel dieser Kosten durch Beiträge der Eltern und weitere Einnahmen gedeckt werden. Mit der jüngst beschlossenen Beitragserhöhung komme man jedoch nur den Vorgaben des „Kommunalen Schutzschirms“ (KSH) nach. Man müsse sich darüber klar werden, dass nur eine konsequente Umsetzung von regelmäßig kleineren Erhöhungen der Beiträge nachhaltig zur Kostendeckung beitragen könne. Wenn man dies längere Zeit vor sich her schiebe, komme man nicht mehr um eine Anhebung der Grundsteuer herum. Dies bedeute, dass nicht nur die betroffenen Eltern dafür aufkommen würden, sondern die Allgemeinheit ebenfalls herangezogen werden würde. Zimmer gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass man ein schlüssiges Gesamtkonzept hinsichtlich des Personaleinsatzes in der Verwaltung einführen müsse. Es gehe ihm dabei nicht um Stellenabbau, sondern darum, eine bessere Vernetzung der Abteilungen und einen effizienteren Einsatz der verfügbaren Ressourcen zu erreichen.

Die Haushaltsberatung wird am 2. Februar fortgesetzt. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.